



Fraktionsvorsitzender Dr. Jörn Lingnau

Rede zur zweiten Lesung des Doppelhaushaltes 2018/19

-- Sperrfrist 13.11.2017, 16.00; es gilt das gesprochene Wort--

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

„Wenn man etwas erreichen will, findet man einen Weg, wenn man etwas verhindern will, findet man einen Grund“.

Dieses Sprichwort scheint manchmal die Grundlage für die Erstellung von Haushaltspositionen, manchmal aber auch Grundlage des Handelns der Verwaltungsspitze zu sein. Oder hält sich die Verwaltungsspitze manchmal an unseren Altkanzler Schröder: Man kann es so machen oder auch so; ich bin für so.

Doch lassen Sie mich jetzt erstmal zum Haushaltsentwurf kommen:

Dabei verdienen es einige Punkte, die ich für die CDU ansprechen werde, HISTORISCH für Esslingen genannt zu werden.

Zu nennen wären da:

Historisch:

- erster Doppelhaushalt
- so hohe Steuereinnahmen wie noch nie
- aber auch noch nie so hohe Ausgaben
- Hohe Personalkosten wie noch nie
- Chance, ein Kulturzentrum in der östlichen Altstadt zu schaffen
- Viele Zuwanderer

- Chance für die Zukunft wie noch nie durch Integration

Lassen Sie mich jetzt die einzelnen Punkte näher ausführen:

1. Doppelhaushalt:

Wir beraten momentan den ersten Doppelhaushalt der Stadt Esslingen. Trotz einiger Bedenken haben wir dem Aufstellen eines Doppelhaushaltes zugestimmt – überwiegen aus unserer Sicht doch die Vorteile deutlich die Nachteile. Der Haushalt ist das Königsrecht des Gemeinderates; hatten wir bisher jährlich die Möglichkeit zu großen Diskussionen, so haben wir diese Möglichkeit nun nur noch alle zwei Jahre. Und wir werden sicherlich viel mehr und häufiger nachsteuern müssen als bisher – die Möglichkeit haben wir ja. Dagegen gibt der Doppelhaushalt die Möglichkeit einer besseren langfristigen Planung; und erspart uns insgesamt hoffentlich einiges an Arbeit. Wir sind gespannt, wie es sich entwickeln wird! Andernorts gibt es positive Erfahrungen.

2. Einnahmen und Ausgaben, Wirtschaft:

Wir haben aktuell so hohe Einnahmen wie noch nie; und auch für die nächsten beiden Jahre plant die Verwaltung mit historisch hohen Einnahmen – und trotzdem wäre es ohne Absenkung der Kreisumlage nur eine Null im Haushalt; was läuft da schief? Die Ansätze der Steuereinnahmen lagen in den letzten Jahren zum Teil erheblich daneben; eine Einschätzung der HH-Ansätze ist für uns jedoch nur bei klarerer und sicherer Darstellung möglich. Wir erwarten von der Finanzverwaltung eine größere Transparenz, die nicht durch Hinweise auf das Steuergeheimnis abgeblockt werden darf.

Natürlich wecken hohe Einnahmen auch immer Begehrlichkeiten – aber diesen Wünschen dürfen weder die Verwaltung noch wir immer nachgeben. Schon Einstein sagte: „Das Geld zieht nur den Eigennutz an und verführt stets unwiderstehlich zum Missbrauch“.

Ja, es gibt viele Ausgaben, um die wir nicht herumkommen; sie machen sogar den größten Teil auf der Ausgabenseite aus; aber bei den Freiwilligkeitsleistungen müssen wir genau

hinsehen. Wie schon in den letzten Jahren ausführlich betont, dürfen wir nicht auf Kosten unserer Kinder leben; es kann nicht sein, dass wir uns jetzt Annehmlichkeiten gönnen, die unsere Kinder später zahlen müssen; nicht nur, dass das Leben auf Pump jetzt endlich ein Ende haben muss; sondern wir müssen noch mehr an die Schuldentilgung gehen. Oder mit den Worten von Paul Ryan, Sprecher des Repräsentantenhauses in den USA: Wenn wir heute keine harten Entscheidungen treffen, müssen unsere Kinder noch viel härtere Entscheidungen treffen.

Daher stellen wir den Antrag, zukünftige Mehreinnahmen ausschließlich zur Schuldentilgung zu nutzen!

An der Universität Berkeley arbeitet und lehrt das Ehepaar Romer: Sie fordern auf Grund ihrer Forschungsergebnisse, dass in guten Zeiten keine Schulden zu machen sind, um in schlechten Zeiten Luft zu haben; im Umkehrschluss heißt das, dass in guten Zeiten eher Schulden abgebaut werden sollten. Das verstehen auch wir unter Generationengerechtigkeit! Dringend notwendige Investitionen müssen natürlich getätigt werden – s. Brücken. Aber bei allen anderen geplanten Investitionen ist zu prüfen, ob sie jetzt nur uns oder auch vor allem den zukünftige Generationen nutzen – s. Schulen, Sporthallen; denn wer gibt uns das Recht, für uns Gelder auszugeben, die wir nicht haben, die unsere Kinder später bezahlen müssen? Die Verwaltung rechnet uns vor, wie wohlhabend die Stadt ist bzw. wie viel Geld theoretisch jeder von uns in Esslingen besitzt – aber wie kann man denn Brücken oder Feuerwehrhäuser zu Geld machen? Das meiste Vermögen der Stadt ist unverkäuflich – somit bleibt ein riesiger Schuldenberg.

Im Konzernabschluss 2016 weist die Stadt eine Eigenkapitalquote von 52% aus, auf die die Verwaltung besonders stolz ist. Dies ist grundsätzlich ein guter Wert, mit dem man sich mit der Wirtschaft vergleichen möchte. Zu berücksichtigen sind hierbei allerdings die Besonderheiten einer öffentlichen Kommune gegenüber einem Wirtschaftsunternehmen. Denn bilanzierte Vermögenswerte wie Straßen oder Brücken stellen kein handelbares Wirtschaftsgut

dar und müssen deshalb zwingend mit Eigenkapital finanziert sein bzw. sind herauszurechnen. Und dann sieht es ganz anders aus.

Während wir 2016 noch Aufwendungen in Höhe von 258 Millionen Euro hatten, werden diese 2019 bereits 288 Millionen Euro betragen – in drei Jahren eine Steigerung von 30 Millionen oder fast 12%! Im Amt für Soziales und Sport steigen die Ausgaben um fast 50% von knapp 13 auf gut 18 Millionen Euro; natürlich belastet uns z. B. die Kinder – und Schülerbetreuung; die Ganztagesbetreuung in den Kindergärten und Schulen nimmt stetig zu und kostet entsprechend. Diese Zunahme der Betreuung durch Vater Staat wird von einem Großteil der Bevölkerung so gewünscht und politisch umgesetzt. Ebenso belastet uns überdurchschnittlich die Strassen – und Brückensanierung. Dies alles muss selbstverständlich sein – wie viele andere Punkte auch. Dagegen stehen aber so viele Leistungen der Kommune, die nicht verpflichtend sind - und da werden wir genau hinsehen. Um eine neue Konsolidierungsrunde werden wir nicht herum kommen. Dann darf es aber nicht laufen, wie Norbert Blüm einmal sagte: Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum.

Uns wundert, dass die Abschreibungen auf Forderungen wegen Uneinbringlichkeit oder Niederschlagung mit 465.000.-€ sehr hoch angesetzt sind. Werden dadurch die zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nicht demotiviert? Wir erwarten eine detaillierte Begründung der Verwaltung für beide Feststellungen.

Seit einigen Wochen haben wir mit Herrn Grün einen neuen jungen und engagierten Wirtschaftsförderer – einer der wichtigsten Posten in unserer Stadt, denn ohne florierende Wirtschaft weniger Arbeitsplätze, weniger Steuereinnahmen, weniger Geld im Stadtsäckel für die wichtigen Aufgaben der Kommune. In der Vergangenheit lief nicht alles rund an der Spitze der Wirtschaftsförderung, um es vereinfacht auszudrücken. Die Verwaltungsspitze war sicher nicht ganz unschuldig daran – lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Der letzte Wirtschaftsförderer hat eine Konzeption vorgelegt, von

Ihnen, Herr Dr. Zieger unterschrieben; und vor kurzem haben Sie eben dieses, wie gesagt von Ihnen unterschriebene Papier, als untauglich bezeichnet – was denn nun? Die Wirtschaftsförderung ist das A und O für uns; daher unser gemeinsamer Antrag zur wirtschaftsfreundlichen Kommune. Für uns unverständlich, wieso nicht längst ein Vertreter einer anderen Kommune eingeladen wurde – wie es zugesagt wurde. Hinhaltenaktik? Wir brauchen dringend einen wirtschaftsfreundlichere Verwaltung, neue Gewerbeflächen, gute verkehrliche Anbindung, digitale Infrastruktur. Was nützen uns grüne Wiesen, wenn wir die Schulen nicht sanieren können? Ob zur Stärkung der Wirtschaftsförderung jetzt wirklich sofort eine Stelle mehr notwendig ist, bezweifeln wir; und warum ist für 2018 die Besetzung von 4,0 Stellen mit 4,3 Vollzeitstellen geplant. So wünschen wir Ihnen, Herr Grün, viel Erfolg!

3. Personal:

Die Personalkosten in unserer Stadt werden von 2002 bis 2018 um fast 50% von 45 Millionen auf 80 Millionen Euro steigen. Neben Tarifsteigerungen ist dieser Anstieg vor allem dem notwendigen und massiven Ausbau der Betreuung geschuldet. Damit machen die Personalkosten jetzt rund ein Drittel des Haushaltes aus! Wir hoffen, dass damit jetzt ein Ende der starken Steigerung erreicht ist! Zu denken gibt uns der hohe Krankenstand im Gesamtkonzern – wir fordern die Verwaltung auf, eingehende Ursachenforschung zu betreiben und geeignete Maßnahmen zu benennen, wie dem begegnet werden kann. Erfreulich ist die weitere Ausbildung durch die Stadt; und Zeit wurde es, dass der Stelleplan bereinigt wurde – aber hätte das nicht schon früher geschehen können? Ebenso wie die Ausweisung von nicht dotierten Stellen – endlich ein wenig mehr Klarheit im dichten Dschungel des Personalwesens!

Wir fordern, die Weiterbildungsmöglichkeiten für das Personal zu erhöhen – damit kann sicherlich die Zufriedenheit, die Bindung an die Stadt als Arbeitgeber und die Leistung gesteigert werden. Eine Möglichkeit wäre z. B. ein kostenloses

e-learning-Programm – in anderen Städten wie Dortmund schon erfolgreich eingeführt.

4. Kulturzentrum:

Lange zieht sich die Diskussion um die Bücherei hin; von anderer Seite wurde in der Vergangenheit eine schnelle Entscheidung gefordert; dem haben wir uns widersetzt; erst dadurch konnten mögliche andere Standorte ins Gespräch gebracht werden. Und die, die damals auf das Gaspedal getreten haben, sind nun die Bremser. Mit dem Neubau einer Bibliothek an der Küferstrasse hätten wir die historische Chance eines Kulturzentrums in der östlichen Altstadt! Während die Kosten für die Sanierung und Umbau am alten Standort schwer genau zu kalkulieren sind – ich verweise auf die Kostenexplosion beim alten Rathaus – sind Neubaukosten sicherer zu kalkulieren. Es gäbe eine Verbindung zur Musikschule und ggf. sogar zum Gemeindehaus am Blarerplatz – was für eine Chance! Der Neubau könnte ohne die Zwänge der vorgegebenen Strukturen des Altbaus verwirklicht werden und damit für lange Zeit modernsten Anforderungen genügen! Der alte Standort wäre nach dem Umbau sowieso nicht mehr das, was ihn jetzt ausmacht und was von den Befürwortern des jetzigen Standortes vorgebracht wird: Atmosphäre, Heimeligkeit usw.; außerdem wird die Bindung an den alten Standort über die Jahre des Umbaus dtl. abnehmen. Den Blarerplatz könnte man von der Kirch anmieten oder zumindest Belegungsrechte erwerben – so spart man sich den Veranstaltungssaal im Neubau und kann den freien Raum anders für die Bibliothek nutzen. Das Gebäude in der Heugasse kann kostenneutral einer anderen Nutzung zugeführt werden – wenn möglich Vermietung/Verkauf an einen Investor zur Nutzung als Büro, Außenstelle Denkmalamt o. dgl.; wir sehen keine dringende Notwendigkeit, dieses Gebäude öffentlich zu erhalten – wir haben über 700 Denkmäler in unserer Stadt, etliche sind öffentlich zugänglich wie z. B. das Kesslerhaus.

5. Zuwanderung:

Hier stimmt der Begriff „Historisch“ nicht ganz – kamen 1634 nach dem 30jährigen Krieg doch 12.000 Menschen nach Esslingen. Aber für die jüngere Geschichte ist die Aufnahme von vielen Hundert Flüchtlingen sicher historisch. Nach anfänglichem großen Durcheinander auf allen Ebenen – von Europa über den Bund bis zur Kommune – ist nun relative Ruhe eingekehrt. Ein großer Dank gilt den vielen freiwillig Engagierten und der Verwaltung, die diese Riesenaufgabe gestemmt haben und immer noch stemmen. Standen am Anfang viel Angst vor dem Neuen und massive Probleme bei der vorläufigen Unterbringung im Vordergrund, geht es jetzt um die Anschlußunterbringung. Aber auch da sind wir auf einem guten Weg. Trotz der jüngsten Mitteilung des Landkreises, uns einige bisher für die vorläufige Unterbringung genutzte Häuser zu überlassen, liegen noch einige Hürden vor uns – ich werde nachher beim Punkt FNP darauf eingehen. Und dann geht es um die Integration der Menschen, die hier bleiben dürfen. Wir sehen da nicht nur Risiken – natürlich werden wir nicht alle integrieren können, vor allem auch, wenn es an Integrationsbereitschaft mangelt; aber auch viele Chancen für unsere Gesellschaft. Viele werden sich in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integrieren. Wobei es sicherlich ein zweischneidiges Schwert ist: Wenn relativ gut ausgebildete Migranten hier bleiben und ihrem Land fehlen – dann ist das doch wieder eine Art Ausbeutung; aber das kann nicht hier vor Ort gelöst werden. Wir sehen, dass es weniger Probleme als von einigen befürchtet gibt. Auf der anderen Seite fordern und erwarten wir auch hier vor Ort von jedem einzelnen Migranten nicht nur Integrationsbereitschaft, sondern, dass aktiv alles dazu beigetragen wird. Und wir müssen dringend darauf achten – und das ist eine kommunale Aufgabe -, dass Migranten nicht bevorzugt behandelt werden. Das gilt vor allem für die Wohnungsvergabe.

Lassen Sie mich jetzt noch zu weiteren Punkten kommen.

6. Altstadt:

Auch hier wäre natürlich „historisch“ angebracht...; wir haben ein Juwel, das es zu erhalten gilt – womit wir nicht nur den baulichen Zustand meinen. Da fällt auf, dass zum Teil gerade Gebäude in städtischem Besitz schlechter erhalten sind als die privaten. Vor allem meinen wir aber das Leben in der Altstadt: Die Bewohner leben gern dort; zunehmend verschlechtert sich jedoch der Zustand durch Lärm, Vermüllung, wildes Parken usw.. Wir beauftragen die Verwaltung darzustellen, was mit zwei zusätzlichen Stellen im KOD geleistet werden kann; dazu beantragen wir heute die Aufstockung des KOD um zunächst zwei weitere Stellen mit vorläufigem Sperrvermerk. Durch konsequentes Ahnden von Falschparken (vor allem in Feuergassen), Müll-Wegwerfen und Lärmen kann die Attraktivität unserer schönen Altstadt erhalten bzw. verbessert werden. Argumente, dass bei Anblick eines Ordnungshüters ja nichts weggeworfen würde, zählen nicht – Beispiele aus anderen Städten beweisen dies. Dies gilt natürlich nicht nur für die Altstadt, sondern z. B. auch für den Bahnhofsvorplatz und die Weinberge. Dort sieht es nach dem Wochenende zum Teil wie auf der Müllhalde aus.

Um den Parkdruck in der Altstadt zu entschärfen, hatten wir mehrfach ein Parkhaus im Burgberg ins Gespräch gebracht und dazu bereits Anträge gestellt. Von der Verwaltung wurde nur eine Variante weiter durchgerechnet – ausgerechnet die aufwendigste. Gilt auch hier: Wenn die Verwaltung etwas nicht will, findet sie immer einen Grund, in diesem Fall sehr teure Angebote; würde sie es wollen, hätte sie auch einfacherer Varianten prüfen lassen. Daher beantragen wir nun eine Entwurfsplanung und detaillierte Kostenberechnung für die Variante 1. Ebenfalls zum Thema Altstadt zählen die Straßenbeläge. Jüngstes Beispiel für eine Fehlplanung ist die Allmandgasse: Wir haben wahrlich genügend schöne, mit Kopfsteinpflaster versehene Gassen und Strasse in Esslingen; warum dann ausgerechnet in der Nähe eines Altenheimes der schlecht begehbare Belag verlegt werden sollte, leuchtet uns nicht ein. Das jetzt vorgesehene kleinteilige Pflaster ist sicher auch kein guter Kompromiss; andere Städte haben mit dem von uns vorgeschlagenen glatten Belag gute Erfahrungen gemacht

– warum der Regen die Beläge in Esslingen rutschiger macht als anderswo, verstehen wir nicht. An dieser Stelle lassen Sie mich erwähnen, dass wir häufiger das Gefühl haben, dass – nicht nur unsere – Ideen und Anträge mit kaum überprüfbaren Aussagen der Verwaltung vom Tisch gewischt werden, wenn die Verwaltung es einfach nicht will. Nach dem oben erwähnten Motto: Wer etwas erreichen will, findet einen Weg, wer etwas verhindern will, findet einen Grund. Schade!

Lange ist von Verkehrsberuhigung in der Altstadt die Rede. Ein erster Versuch ist am Eingang in die Ritterstrasse unternommen worden. Erfolg fraglich. Warum wird so oft nur klein-klein gedacht? Wir können uns eine zumindest nachts größtenteils verkehrsberuhigte Altstadt vorstellen. Eine Möglichkeit wäre das Installieren von Pollern. Diese funktionieren – anders als Bemerkungen aus der Verwaltung dies erwarten lassen - auch bei Eis und Schnee. Die Kosten halten sich in überschaubarem Rahmen, praktikabel ist es auch – wie viele Beispiele zeigen. Wie wäre unsere Altstadt aufgewertet – nicht nur für die Bewohner, sondern auch für Gäste. Wir beantragen die Esslinger Innenstadt an noch festzulegenden Zugängen mit versenkbaren Pollern für den allgemeinen öffentlichen Verkehr zu sperren und den Zugang nach der Sperrung (z. B. ab 19.00 Uhr) nur noch durch Berechtigte mit Funksendern zu ermöglichen. Nach von uns eingeholten Angeboten sind diese zwischenzeitlich deutlich günstiger als vor Jahren von der Verwaltung aufgezeigt. Die „schwere Ausführung“ solcher Poller ermöglicht sogar eine Absicherung, wie sie z.B. für unseren Weihnachtsmarkt notwendig ist.

Wir erwarten, dass dadurch der nächtliche „Durchgangs- und Parksuchverkehr“ unterbunden werden kann. Eine allg. Verkehrsberuhigung der Esslinger Innen- und Altstadt ist auch unter ökologischen und touristischen Gründen, bei gleichzeitiger Zugangsmöglichkeit für Berechtigte Mitbürgerinnen und Mitbürger, zwingend notwendig. Dies sollte in Abstimmung mit dem City-Management und der EST erfolgen. Andere Städte geben da ein gutes Beispiel für solche Regelungen.

7. Weinberge:

An den maroden Mauern ist in den letzten Jahren mit finanzieller Unterstützung durch Stadt und Land und vor allem viel Engagement der Wengerter viel getan worden. Nun fällt die Unterstützung durch das Land weg – wir beantragen die Übernahme der Kosten durch die Stadt. Die Weinberge prägen unser Stadtbild seit ewigen Zeiten- und so soll es auch bleiben.

8. Sport: Bäder:

Sport findet immer mehr im „öffentlichen Raum“ statt. Integration und Inklusion brauchen Bewegungsräume und -angebote, die nicht ausschließlich von Sportvereinen angeboten werden können.

Längst zählen beim Sport in Vereinen nicht mehr nur die Freizeitbeschäftigung, der Leistungssport oder die sportliche Bildung von Kindern und Jugendlichen zu den primären Aufgaben. Niederschwellige Angebote, leichte Sprache, nonverbale Kommunikation im Sportbetrieb, interkulturelle Öffnung, Inklusion sowohl von Menschen mit körperlichen und geistigen Handicaps, als auch von Menschen auf der Flucht und mit Migrationshintergrund, sind alles wichtige Bausteine eines sich entwickelnden Sportangebots, das immer wichtiger für das Gemeinwohl einer Kommune wird.

Dies macht uns die Sportflächenentwicklungsplanung von Prof. Kähler sehr eindringlich klar.

Immer mehr Kinder und Jugendliche leiden unter Übergewicht. Bewegungsmangel und falsche Ernährung tun ihr übriges. Auch hier sind sportliche Angebote und Ernährungsberatung, die in Kooperationen zwischen Krankenkassen und Sportvereinen geleistet werden können, ein unbedingtes Muss.

Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger, aber auch immer älter; damit dies mit geistiger und körperlicher Fitness einhergehen kann, muss eine Stadt wie Esslingen ihr Möglichstes, auch in finanzieller Hinsicht, tun, um die Attraktivität, sei es im Gesundheitsbereich oder im Leistungssportbereich, zu erhöhen.

Sport, der durchaus auch als kulturelles Angebot gesehen

werden kann, ist Dank der immensen ehrenamtlichen Arbeit in den Vereinen sehr günstig. So bekommen die über 60 Sportvereine in Esslingen insgesamt einen Zuschuss von nur 35.000 EURO für alle Übungsleiter.

In der Zahl der Nutzer sind die Sporttreibenden im Vergleich mit Kulturkonsumenten in klarer Überzahl. In Esslinger Vereinen sind rund 30.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Vereinen organisiert, dazu kommen noch Sporttreibende, die nicht Vereinsmitglieder sind.

Das alles macht der CDU Fraktion klar, dass die Gemeinwohlrelevanz des Sports deutlich höher eingeschätzt werden muss als bei der ersten Konsolidierungsrunde angenommen.

Die Sanierung der Bäder wird wohl deutlich teurer als bisher geplant. Wir erwarten von der Verwaltung das strikte Einhalten der vom Gemeinderat beschlossenen Obergrenze der Sanierungskosten. In diesem Zusammenhang bitten wir zu prüfen, ob ein Einbeziehen des SSVE-Bades, ggf. mit Traglufthalle, zu Verbesserungen im Angebot der Stadt führen kann, evtl. sogar zu Einsparungen führen kann.

9. Kultur:

Wir haben eine sehr lebendige Kulturszene in unserer Stadt. Dazu zählen kleine Veranstalter bzw. Veranstaltungen wie das Lima ebenso wie das große Kino auf der Burg, die WLB, die Villa Merkel. Kultur hat einen hohen Stellenwert für die Identität und das Selbstverständnis einer Gemeinschaft und stellt die Grundlage für die Selbstverwirklichung des Einzelnen ebenso wie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar.

Nichtsdestotrotz bewegt sich die Kultur nicht in einem Freiraum bzw. hat sie keinen Freibrief. Die Grundlage unserer Zustimmung zur Konsolidierung war, dass alle Beteiligten ihren Beitrag bringen – wir akzeptieren es daher nicht, dass keine weiteren Vorschläge dazu kommen. Wir erwarten auch vom Kulturamt einen höheren Beitrag zur Kostenreduzierung. Gerne aufbauend auf der von Herrn Stegmaier gut erstellten Kulturkonzeption. Jeder freiwillige Zuschuss ist zu prüfen. Als

ersten Schritt beantragen wir die Streichung der Gelder für die Meisterkonzerte.

10. Umwelt:

Der Klimawandel ist inzwischen sicher unbestritten, auch, dass wir Menschen den größten Beitrag dazu liefern. Ich glaube nicht an die düstersten Szenarien, aber unsere Kinder werden eine andere Welt vorfinden als wie sie jetzt haben. Dem müssen wir entgegen wirken. Natürlich kann Esslingen nicht die Welt retten, aber jeder einzelne von uns kann und muss seinen Beitrag leisten. Wir dürfen nicht immer nur von den anderen fordern – keine Neubaugebiete, kein Windrad, keine Stromtrasse usw. -, sondern wir müssen handeln. Das beginnt bei jedem einzelnen, indem wir z. B. auf überflüssige Verpackungen verzichten, kurze Wege radeln oder zu Fuß zurücklegen, für längere Strecken häufiger den ÖPNV nutzen. Doch für vieles muss die Stadt, also wir als Gemeinderat, die Grundlage legen. Dazu haben wir bereits mehrere Anträge gestellt, stellvertretend seien zwei erwähnt: Radmitnahme im Bus, Pfand- oder Recyclingsystem für Mitnahmespeisen. Erfreulich, dass jetzt endlich Bewegung in die Sache kommt – aber warum erfahren wir als Gemeinderat auch das erst aus der Zeitung? Auch in der Kommunikation gilt: Wer etwas erreichen will, findet einen Weg, in diesem Fall zum Gemeinderat; wer das verhindern will, findet einen Grund, die Presse zu informieren. Wir fordern die Verwaltung nochmals auf, einen Master-Plan zur Verminderung des gesamten Plastikmülls zu erstellen. Bitte nicht immer nur auf andere Kommunen, geplante Untersuchungen, mangelnde Praktikabilität verweisen; Auch hier: Wer etwas erreichen will, der findet einen Weg, wer etwas vermeiden will, der findet einen Grund – das kann doch nicht unsere Politik sein! Jetzt geben wir sehr viel Geld für die Erweiterung des O-Bus-Netzes aus – zum ersten wird die Verwirklichung sehr lange dauern – wir werden sehr genau auf Ihre versprochenen Zeitpläne achten, Herr Rust! -, zum zweiten hätten wir mit dem Geld schneller und besser eine bessere Luftqualität erreichen können! Aber die Argumente sind bekannt. Hier wie an anderen Stellen gilt: Kein Geld für Prestige-Objekte, sondern sinnvoll für unsere Umwelt investieren. Jeder Euro, den wir auf diesem

Gebiet ausgeben, muss überprüft werden; ob nicht mit dem gleichen finanziellen Einsatz an anderer Stelle mehr erreicht werden kann. Wir fordern im Rahmen des zu erstellenden Mobilitätsplanes einen Ausbau von Carsharing, Fahrrad-Mietstationen, Ladeinfrastruktur, bessere Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger. Ziel darf es nicht nur sein, den ÖPNV emissionsärmer fahren zu lassen, sondern diesen vor allem auszubauen, um den Individualverkehr zu reduzieren. Nur dadurch kann eine dtl. Senkung der Luftbelastung erreicht werden. Z. B. nicht auf Teufel komm raus den allerhöchsten Wärmeschutzstandard bei einem öffentlichen Gebäude erreichen, während im Nachbargebäude aufgrund der undichten Fenster die Straße geheizt wird - sondern zielgerichteter Einsatz der Mittel. Oder, um bei der Heizung zu bleiben: Gerade in der Altstadt gibt es viele wahre Dreckschleudern unter den Heizungen – hier wäre ein Sanierungsprogramm angesagt!

Beispiel Fahrradstrasse: Sicher eine gute Idee – aber hätte man mit dem Geld nicht woanders mehr erreichen können? Übrigens warten wir hier immer noch auf die von uns schon zweimal geforderte Evaluation! Warum kommt sie nicht?

Wir haben ehrgeizige Klimaziele, zu deren Erreichung eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet worden ist. Das Geld ist knapp, da müssen die finanziellen Ressourcen ganz gezielt eingesetzt werden. Sicher sind wir insgesamt auf einem guten Weg; wir stehen aber immer noch am Anfang!

11. Verkehrsplanung, Straßenbau, Brücken:

Einen Mammutaufgabe liegt vor uns, die Finanzierung ist alles andere als gesichert, bisher sind kaum Beträge eingestellt. Doch kann es nicht nur um die Sanierung bzw. den Ersatz der Brücken gehen. Am Anfang muss ein zukunftsfähiges Verkehrskonzept für die ganze Stadt stehen. Was bringt es uns, für Abermillionen die Brücken zu ersetzen, wenn später der Verkehr ganz anders läuft bzw. ein ganz anderer Verkehr läuft? Wir beantragen ein Verkehrskonzept für die ganze Stadt zu erstellen, das mögliche technische Weiterentwicklungen ebenso berücksichtigt wie Bevölkerungsentwicklung, FNP,

Verkehrsverhalten, Änderungen im Arbeitsleben, um nur einige Punkte zu nennen. Dazu gehört auch eine aktualisierte Prioritätenliste der anstehenden Straßenbaumaßnahmen für 2018 und 2019. Ja, das ist aufwendig und wird Geld kosten. Aber nur dann sind wir für die Zukunft gerüstet und können beispielhafte Stadt werden. Klein-klein-Planung ist unserer Stadt nicht würdig und bringt nichts. In diesem Zusammenhang erwarten wir auch eine bessere, vorausschauende regelmäßige Kontrolle der wichtigen Infrastruktur unserer Stadt – damit werden wir sicher auf Dauer billiger wegkommen. Und ersparen uns das eine oder andere Verkehrschaos. Jetzt wurde kurzfristig die Geiselbachstrasse gesperrt – wenn die Verwaltung sagt, es gab kaum Behinderungen, ist das nur Schönrederei – die ganze Mühlbergerstrasse war zu bestimmten Zeiten ein einziger Stau. Wir gehen für die Zukunft davon aus, dass auf den Umleitungswegen eine Verkehrsregelung erfolgt, die Ampeln entsprechend geschaltet werden, andere Baustellen vermieden werden. Aktuell beantragen wir die Erhöhung der Straßenbaumittel um 500.000.- Euro auf 1,5 Millionen. Finanzierung durch die jetzt doch erhaltenen Fördermittel für den Umbau der evangelischen Schule. Auf Dauer ist vorausschauende Instandsetzung sicher billiger als immer nur hinterherzulaufen.

Wir beantragen außerdem die eingeplanten Mittel für den Neckaruferradweg und -park (s. S. 334 und 343 d. HH) zu sperren, bis die angesprochene und beantragte Co-Finanzierung gesichert ist (s. a. Fußnote im HH); Freigabe erfolgt dann im zuständigen Ausschuss.

12. FNP:

Die unendliche Geschichte...- wird jetzt hoffentlich doch zu einem guten Ende gebracht! Doch vor uns liegen noch einige Hürden – Einsprüche aus der Bürgerschaft, Landschafts- und Artenschutz, verkehrliche Erschließung, um nur einige zu nennen. Doch wir glauben, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir brauchen neue Baugebiete für unsere Einwohner, die jetzt schon hier sind und dringend Wohnraum suchen, ebenso

wie für zukünftige. Wir verweisen dazu auf die Stellungnahme des breiten Bündnisses aus Baugenossenschaften, Mieterbund, Haus- und Grund, die ebendies gefordert haben. Danach werden in den nächsten Jahren einige Tausend Menschen eine Wohnung suchen. Nicht zu bauen ist der blanke Hohn den Wohnungssuchenden gegenüber; Wohnraumverknappung führt automatisch zu Mieterhöhungen – aber wir wollen, dass sich jeder eine Wohnung leisten kann! Daher unterstützen wir die Neuausweisung von Baugebieten ebenso wie die Nachverdichtung im Stadtgebiet. Natürlich unter Beachtung des Umweltschutzes, der Verkehrsplanung, der Einsprüche. Wobei immer wieder auffällt, dass gerade die Nachbarn protestieren: Mehr Lärm, mehr Staub, mehr Verkehr. Aber ist es nicht extrem egoistisch, selbst schön wohnen zu wollen, mit dem Auto zu fahren, dies anderen aber nicht zuzugestehen?

13. Schulen:

Die großen Schritte der Schulentwicklungsplanung haben wir hinter uns. Mit dem jetzt bestehenden Nebeneinander von Gymnasien, Realschulen und Gemeinschaftsschulen sind wir gut aufgestellt. Sicher nicht überall die optimale Lösung – aber insgesamt das Beste, was wir für unsere Stadt jetzt erreichen konnten. Schüler und Lehrkräfte stehen vor organisatorischen und räumlichen Herausforderungen, diese Umstellungen erfordern erst einmal viel Kraft, bieten aber sicher auch viele Chancen. Auf die Vorschläge der Expertenrunde zur neuen Schule in der Vorstadt sind wir gespannt, ohne Vorurteile werden wir dann in die Diskussion gehen.

14. Klinikum:

Ein erfreulicher Punkt, zu dem es außer viel Lob für alle Beschäftigten wenig zu sagen gibt. In schwierigem Umfeld erhoffen und erwarten wir eine weitere Stabilisierung. Immer wieder landen einzelne Abteilungen bei Rankings auf den vorderen Plätzen – Danke für Ihre Leistung! Probleme bereitet die angespannte Situation auf dem Markt der Pflegekräfte; ein besonderer Dank den über Gebühr belasteten Schwestern und Pflegern!

15. Bürgerschaftliches Engagement, Zusammenleben: Vorbildlich muss man das Engagement vieler, sehr vieler Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt nennen. Sei es beim Trainieren von Mannschaften im Sportverein, sei es im CVJM oder bei der Arbeit mit und für Migranten – ohne diesen enormen, oftmals auch belastenden Einsatz würde vieles in unserer Kommune nicht funktionieren. Wir sind auf dieses Engagement angewiesen und sollten es mehr würdigen! Wir bedanken bei jedem einzelnen für seinen Einsatz – sei es im Kirchenchor, als Trainer der C-Jugend, im Förderverein Klinikum oder für die sozial Schwachen – Sie sind alle großartig! Gerade hier sehen wir – wer etwas erreichen will, der findet einen Weg!

Lassen Sie mich zum Schluss noch zwei ärgerliche Punkte ansprechen: Warum handelt die Verwaltung oft erst nach Druck aus den Fraktionen? Beispiel Berkheim, Strasse am Ziegelbrunnen; lange war der schlechte, gefährlich Zustand bekannt – passiert ist ebenso lange nichts. Oder das Danfoss-Areal: Die ursprüngliche geplante Bebauung mit einem Logistik-Zentrum wurde hauptsächlich wegen der Belastung durch LKW-Fahrten abgelehnt – die nun geplante Bebauung zieht nach Auskunft der Verwaltung ungefähr doppelt so viele Fahrten nach sich. Warum ist die Verwaltungsspitze damals eingeknickt? Ich darf Sie, Herr Dr. Zieger zitieren: „Wir haben eine akademisch gebildete Bürgerschaft, die mit Gemeinwohlargumenten knallhart ihre Eigeninteressen durchsetzt“. Das darf nicht Schule machen! Das kann man einen Schildbürgerstreich nennen oder ein gutes Beispiel für Verschlimmbesserung....

Beide genannten Fälle stehen stellvertretend für einige andere – einfach nur ärgerlich!

Insgesamt wünsche ich mir für unsere Stadt, von unserer Verwaltung mehr ein Handeln nach dem Grundsatz: Think big, start small and scale fast – in der Wirtschaft gebräuchlich, aber

ebenso für unsere Kommune zutreffend, die ja modern und bei den Menschen sein will. Klein-Klein-Denken bringt uns nicht weiter – wir müssen große Ideen denken, dann reduzieren und schnell beginnen, dabei flexibel auf geänderte Anforderungen reagieren können. Oder, wie es David Lloyd George, ehemaliger britischer Premierminister, sagte: „Fürchte dich nicht vor einem großen Schritt. Mit zwei kleinen kannst du keine Schlucht überwinden“.

Zum Schluss, lieber Herr Rust, zur Notengebung: Viele Pädagogen sagen ja, dass nicht so gute Noten demotivieren und es daher gar keine Noten geben sollte – daran halte ich mich diesmal.

Nun bedanke ich mich bei allen an der Haushaltsaufstellung Beteiligten, allen voran bei unserer Stadtkämmerin und ihrem Team, aber auch allen Verantwortlichen in den einzelnen Dezernaten und Abteilungen. Nun uns allen gute Verhandlungen in den einzelnen Ausschüssen!
Vielen Dank!